



Yvonne Feri Ihre Nationalrätin Ihre Stimme



Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 19. März 2018

Bericht aus der Session – Nummer 26 Rückblick auf die Frühlingsession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Mit der Frühlingsession 2018 sind wir ins neue Politjahr gestartet, leider für mich mit einer ersten Enttäuschung: Im Ständerat wurde das Lohnleichheitsgesetz zurückgewiesen. Eine Ohrfeige für uns Frauen. Warum werden der Verfassungsauftrag und das Gleichstellungsgesetz nicht umgesetzt? Im [Talk täglich](#) bei TeleZüri und am Internationalen Tag der Frauen habe ich meinem Unmut Luft gemacht. Mit der gelebten Gleichstellung hätten wir die Chance, das grosse Potential, das in der Vielfalt liegt, zu nutzen. Dafür brauchen wir die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik.

Die Gleichstellung der Geschlechter gehört zu meinen Herzensanliegen. Für folgende Themen setze ich mich ebenfalls mit Engagement ein: Armut, Gesundheit, Familien, Kinder. Ebenso gehöre ich zur reformorientierten Plattform der SP und engagiere mich dort im Erarbeiten von Standpunkten zu den vorgenannten Politikbereichen.

Ein weiteres wichtiges Thema dieser Session war die [Revision des ELG](#) (Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung). Nach der Beratung dieser Gesetzesreform im Nationalrat wird klar: Das rechte Parlament macht mit seinen Kürzungen nicht einmal vor den Schwächsten Halt. Gekürzt werden hunderte Millionen Franken: bei den Krankenkassenprämienverbilligungen, beim EL-Betrag für die Kinder und beim Vermögensfreibetrag. Die längst überfällige Anpassung des Betrages, der für die Miete angerechnet werden kann, findet nur noch teilweise statt oder wurde sogar gekürzt. Der Zugang zu den EL wurde massiv erschwert. Die Liste könnte noch weitergeführt werden. Wenn der Ständerat die Entscheide des Nationalrates nicht korrigiert, wird die Existenzgrundlage zahlreicher Menschen auf wacklige Beine gestellt.



Weitere Themen in diesem Sessionsbericht:

- Gesundheit
- Entschädigungen und Bezüge der Ratsmitglieder
- Observation von IV-BezügerInnen
- Meine persönlichen Geschäfte

Zum Schluss noch ein Aufruf in eigener Sache: Meine Aufgabe als Nationalrätin sehe ich auch darin, Ihre Interessen zu vertreten. Dies war mir bisher immer sehr wichtig und daran möchte ich auch weiter festhalten. Deshalb bin ich sehr daran interessiert, zu wissen, welche politischen Themen Sie bewegen, wo aus Ihrer Sicht Schwerpunkte gesetzt werden sollten und was bisher zu wenig Beachtung fand, aber auch weitere Antworten auf verschiedene Fragen interessieren mich. Aus diesem Grunde habe ich eine [Umfrage](#) erstellt und bitte Sie, diese auszufüllen, es dauert nur ein paar Minuten. Ich freue mich über eine hohe Rücklaufquote, um meine Aufgabe in Ihrem Sinne weiterhin wahrzunehmen. Mit der Umfrage ist auch eine kleine Überraschung verbunden. Vielen Dank!

Nun wünsche ich Ihnen eine schöne Frühlingszeit, herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz

PS: Bitte die Umfrage ausfüllen! Danke sehr.



19.03.2018

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 26

Rückblick auf die
Frühlingsession...

GESUNDHEIT: Der Bund prüft bis im Sommer die Zulassung von Aids-Tests für den Heimgebrauch. Dies schreibt der Bundesrat in seiner Antwort auf eine Frage des Walliser SP-Nationalrates Mathias Reynard. In letzter Zeit seien verschiedene Produkte auf den europäischen Markt gekommen, die sich in der Handhabung als einfach und sicher erwiesen. Die Eidgenössische Kommission für sexuelle Gesundheit prüft nun die Möglichkeit, die HIV-Heimtests auch für die Schweiz zu empfehlen. Über die Zulassung entscheidet am Ende Swissmedic. Anders als etwa in Frankreich und den USA sind die Tests in der Schweiz noch verboten.

Kommentar: Ich bin davon überzeugt, dass das ein wichtiges Zeichen ist, denn es gibt Personen, welche sich genieren, in einer Arztpraxis einen Test durchführen zu lassen. Allerdings braucht es gute Erklärungen, was bei einem positiven Ergebnis zu tun ist und auch Hinweise, dass ein Selbsttest nicht für 100% sicher genommen werden kann.

OBSERVATION: Sozialversicherungen dürfen Versicherte bei Verdacht auf Missbrauch künftig durch Detektive observieren lassen. Mit richterlicher Genehmigung sind auch technische Geräte zur Standortbestimmung erlaubt. Dazu gehören GPS-Tracker, die an Autos angebracht werden, sowie Drohnen. National- und Ständerat haben die gesetzliche Grundlage bereinigt. Diese ist nun bereit für die Schlussabstimmungen. Umstritten war zuletzt noch, wer die Überwachung von IV-Rentnern, Arbeitslosen oder Krankenversicherten anordnen darf. Die Räte haben nun beschlossen, diese Kompetenz den Direktionsmitgliedern der Versicherungen zu übertragen. Der Nationalrat wollte diese ursprünglich auch Sachbearbeitern gewähren.

Kommentar: Der Sozialversicherungsbetrug muss bekämpft werden, denn wer das System missbraucht, stellt unser ganzes soziales Gerüst in Frage. Es ist jedoch erforderlich, dass wir eine gewisse Verhältnismässigkeit zwischen Mitteln zur Bekämpfung des Betrugs und der Aufrechterhaltung des Schutzes der Privatsphäre anwenden. Die Massnahmen, welche vom Nationalrat beschlossen wurden, eröffnen einen Handlungsspielraum und ermöglichen den Einsatz von Mitteln, die gewichtiger sind als solche, die im Strafrecht für weitaus schlimmere Straftaten vorgesehen sind. Damit erhielten Privatdetektive die Erlaubnis für die mögliche Überwachung der gesamten Bevölkerung mit weitergehenden Mitteln als die der Polizei!

VELO-INITIATIVE: Die Förderung des Veloverkehrs ist im Parlament zwar weitgehend unbestritten. Die Velo-Initiative geht beiden Räten aber zu weit. Wie der Ständerat bevorzugt auch der Nationalrat den Gegenvorschlag. Am Donnerstag stimmte er dieser bundesrätlichen Alternative mit 120 zu 67 Stimmen zu. Die Nein-Stimmen kamen aus dem SVP-Lager. Der Gegenvorschlag sieht vor, dass der Bund Massnahmen der Kantone und Dritter unterstützen kann. Anders als die Initiative ist aber eine Pflicht zur Veloförderung nicht vorgesehen. Evi Allemann (SP/BE) vom Initiativkomitee stellte im Rat den Rückzug des Volksbegehrens in



Aussicht, sofern der Gegenvorschlag unverändert durchs Parlament kommt. Das Geschäft muss nun noch die Schlussabstimmung überstehen.

Kommentar: Das Fahrrad eine der tollsten Erfindungen, die ich kenne! Gesund, schnell, umweltfreundlich und günstig. Es ist für kürzere und mittlere Strecken einsetzbar. In meinem Alltag unverzichtbar.

PARLAMENT I: Die Mitglieder von National- und Ständerat sollen nicht auf Kosten des Bundes einen persönlichen Mitarbeiter anstellen können. Der Nationalrat hat eine entsprechende parlamentarische Initiative mit 123 zu 61 Stimmen vor allem von Links abgelehnt. Damit ist das Anliegen vom Tisch. Zunächst hatte die SPK der grossen Kammer die Initiative von Nationalrat Matthias Aebischer (SP/BE) noch knapp angenommen. Danach hatte aber die Ständeratskommission Nein gesagt. Die Mehrheit der SPK des Nationalrates änderte darauf die Meinung und begründete dies mit unterschiedlichen Bedürfnissen der Ratsmitglieder.

PARLAMENT II: Ausgeschiedene Parlamentsmitglieder sollen keine Überbrückungshilfe mehr erhalten. Das verlangt der Nationalrat. Er hat einer parlamentarischen Initiative von Natalie Rickli (SVP/ZH) Folge gegeben. Heute kann ein Ratsmitglied nach dem Ausscheiden aus dem Rat während maximal zwei Jahren Anspruch auf diese Hilfe erheben, wenn es keinen gleichwertigen Ersatz für das Einkommen erzielt. Die Mehrheit des Nationalrates ist aber der Ansicht, dass eine

Überbrückungshilfe nicht gerechtfertigt sei. Arbeitslose ehemalige Parlamentsmitglieder könnten wie alle anderen Leistungen der Arbeitslosenversicherung beanspruchen. Nun muss der Ständerat über die Initiative entscheiden.

Kommentar: Ich wäre sehr glücklich, wenn unsere Arbeits- und Rahmenbedingungen und die Entschädigungen einmal fundiert überprüft und auch wahrheitsgemäss dargestellt würden. Jedoch stossen auch hier

Wer nicht neugierig ist, erfährt nichts.

Johann Wolfgang von Goethe

verschiedene Interessen aufeinander und deshalb ist es unglaublich schwierig, etwas zu bewegen. Leider sind grössere Veränderungen kaum möglich. Das Schweizer Parlament ist eines der günstigsten in der Schweiz, unser Arbeitsaufwand jedoch nicht kleiner. Die Altersvorsorge ist schlecht geregelt, Privilegen halten sich in Grenzen und entsprechen denjenigen eines mittleren Kadern in einer Unternehmung. Gerne gebe ich für interessierte Lesende auch im Detail Auskunft. Eine Zusammenstellung über die Bezüge der Ratsmitglieder finden Sie [hier](#).

RASER: Richterinnen und Richter sollen bei Raserdelikten mehr Ermessensspielraum erhalten. Das will das Parlament. Der Nationalrat hat eine Motion aus dem Ständerat angenommen, die eine Lockerung der Via-Sicura-Gesetzgebung fordert. Der Bundesrat zeigte sich einverstanden. Konkret soll die Mindeststrafe von einem Jahr gestrichen und die Mindestdauer für den Führerausweisentzug reduziert werden. Als Raser gilt, wer in einer Tempo-30-Zone mit 70 Kilometern pro Stunde (km/h) fährt oder mit mehr als 200 km/h auf der Autobahn. Heute liegt die Mindeststrafe dafür bei einem Jahr Gefängnis. Zudem wird der Fahrausweis für mindestens zwei Jahre entzogen.

Kommentar: Lesen Sie das amtliche [Bulletin](#) und die [SDA-Meldung](#) – ich kann diese Richtungsänderung nicht verstehen.



Persönliche Vorstösse und Geschäfte in der Frühlingsession:

- [18.3120](#) Postulat. Umsetzung Verfassungsauftrag zur Gleichstellung von Frau und Mann
- [18.3121](#) Postulat. Notwendige Kinderschutzmassnahmen bei Ausländerinnen und Ausländern
- [18.5125](#) Fragestunde. Arbeitslosenversicherung versus Sozialhilfe für über 55-Jährige.

Nachtrag zu den persönlichen Vorstössen und Geschäften aus der Wintersession

- [17.4254](#) Interpellation. Steigender Druck und Stress bei Kindern
- [17.4255](#) Interpellation. Prävention Gesundheitswesen zur Entlastung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung
- [17.4256](#) Interpellation. Elektronisches Patientendossier